

VERBUND-Standpunkt

Klimaschutz: ökologisch und gesellschaftlich notwendig, ökonomisch zielführend

Die Dekarbonisierung unseres Wirtschafts-, Gesellschafts-, und Energiesystems ist eine große Herausforderung, sie ist aber auch eine Chance für den Wirtschaftsstandort Österreich. Nur wenn wir diese Chancen optimal nutzen, wird es uns gelingen, die österreichische Wirtschaft und Industrie im scharfen internationalen Wettbewerb im Spitzenfeld zu halten und so auch den Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Österreich weiterhin zu sichern. VERBUND unterstützt daher ambitionierte Klimaschutzziele auf globaler, europäischer sowie nationaler Ebene und tritt für wirkungsvolle Instrumente zur Senkung der Treibhausgasemissionen ein. Mit seinem fast 100 Prozent CO₂-freien Stromerzeugungsportfolio und weiteren Klimaschutzaktivitäten zählt VERBUND zu den Vorreitern in der Energiebranche.

Klimavertrag von Paris macht klar wohin die Reise geht

Am 12. Dezember 2015 wurde in Paris der erste Welt-Klimavertrag beschlossen. Mit diesem Klimavertrag hat die Staatengemeinschaft eine klare Richtung vorgegeben: Die Erderwärmung ist auf deutlich unter 2°C, möglichst bei 1,5°C zu begrenzen. Das bedeutet Netto-Null-Emissionen bis 2050. Außerdem legt der Klimavertrag fest, dass Finanzflüsse in Einklang mit Dekarbonisierungspfaden zu bringen sind ([siehe Standpunkt Sustainable Finance](#)).

Das Paris Agreement ist seither Leitlinie und Maßstab globaler, europäischer und nationaler Klima- und Energieaktivitäten. Es ist am 4. November 2016 in Kraft getreten und ist ab 2020 wirksam. Alle fünf Jahre werden die Klimaschutzaktivitäten der Staaten überprüft und müssen entsprechend an die Zielsetzungen des Paris Agreement angepasst werden. Mit der Ratifikation des Paris Agreement am 8. Juli 2016 hat Österreich dessen Inhalte in nationales Recht übertragen.

2015 hat die globale Staatengemeinschaft auch die UN Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen, die Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Welt und ein gutes Leben für alle Menschen festlegen. VERBUND begrüßt diese Beschlüsse und hat die SDGs in seinem Nachhaltigkeitsleitbild verankert.

SDGs im VERBUND-
Nachhaltigkeitsleitbild

Green New Deal und Klimaneutralität für Europa bis 2050

Als Beitrag Europas zur Umsetzung der internationalen Klimaziele hat sich die EU mit dem Green New Deal Klimaneutralität bis 2050 zum Ziel gesetzt. Mit dem Anfang März vorgestellten Vorschlag der Kommission für ein EU-Klimagesetz wird die Klimaneutralität 2050 gesetzlich verankert. Da es sich dabei um eine Steigerung der aktuellen Zielambition handelt, müssen in Folge auch die derzeitigen Zwischenziele angepasst werden. Deshalb beabsichtigt die Kommission das CO₂-Einsparziel für 2030 von

VERBUND als Partner der
Decarbonisation Alliance

bisher 40% auf 50% bis hin zu 55% anzuheben. Mit welchen Mitteln das neue CO₂-Einsparziel 2030 erreicht werden soll, wird derzeit von der Kommission im Rahmen einer Folgenabschätzung (Impact Assessment) geprüft.

VERBUND unterstützt gemeinsam mit anderen großen europäischen Energieunternehmen im Rahmen einer „Decarbonisation Alliance“ die Anhebung der EU-Klimaziele 2030 und die Einführung eines verbindlichen 2040 Zwischenziels, da nur so Planungssicherheit auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050 und zur Erreichung der Ziele des Klimavertrags von Paris gewährleistet ist. Damit die Klimaziele erreicht werden können, müssen Wirtschaft und Gesellschaft in allen Bereichen gemeinsam darauf hinarbeiten, so sollte u.a. die Industrie sukzessive auf eine Kreislaufwirtschaft umgestellt werden.

VERBUND begrüßt klare Zielsetzungen, für deren Umsetzung braucht die Wirtschaft aber entsprechende Rahmenbedingungen

Klimaneutralität in Österreich bis 2040

Die österreichische Bundesregierung möchte Österreich bis 2040 klimaneutral machen und damit nicht nur die internationalen Klimaverpflichtungen Österreichs einlösen sondern auch ein Vorreiter in der Klimapolitik werden. Ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionspfaden bis 2040 soll den Weg zur Klimaneutralität vorgeben. Zur Bekämpfung der Klimakrise hält die Bundesregierung die Herstellung von Kostenwahrheit bei CO₂-Emissionen für erforderlich. Bis 2022 soll eine ökosoziale Steuerreform auf den Weg gebracht werden. Das bereits bestehende Ziel von 100% Erneuerbaren Anteil an der Stromversorgung bis 2030 bleibt weiter aufrecht (*siehe Standpunkt Erneuerbaren Ausbau*).

Die E-Wirtschaft steht bereit, aber die Umsetzung braucht passende Rahmenbedingungen

Der Energiewirtschaft kommt bei der Erreichung der Klima- und Energieziele als Drehscheibe zwischen unterschiedlichen Wirtschaftssektoren eine besondere Rolle zu. Damit die Energieversorger auch bei steigendem Strombedarf und immer komplexeren Systemanforderungen eine gesicherte und nachhaltige Energieversorgung in Österreich sicherstellen können, brauchen sie zum einen klare und verlässliche Rahmenbedingungen und zum anderen Anreize um die Investitionen zum Erreichen der EE-Ausbauziele in Angriff nehmen zu können (*siehe Standpunkt Erneuerbaren Ausbau*).

VERBUND sieht sich beim Finden von Lösungen und beim Umsetzen von Dekarbonisierungsmaßnahmen als Partner für seine Kundinnen und Kunden, für die Wirtschaft und auch die Politik. Die Dekarbonisierung unseres Wirtschaftssystems ist nur möglich, wenn alle Akteure einen angemessenen Beitrag zur Treibhausgasreduktion leisten. Aus Sicht von VERBUND soll der EU Emissionshandel (EU Emission Trading System/ETS) weiterhin das zentrale Instrument zur CO₂-Bepreisung sein. Derzeit umfasst das ETS aber nur die Sektoren Industrie und Energie. CO₂-Emissionen im Non-ETS-Bereich (insb. Verkehr und Gebäude), die gerade in Österreich einen Großteil der Emissionen ausmachen, sind noch nicht verursachungsgerecht bepreist. Daher ist ein CO₂-Preis-Regime anzustreben, von dem alle Sektoren erfasst sind, das entsprechende Lenkungseffekte entfaltet und die wirtschaftliche Darstellbarkeit von nachhaltigen Investitionen ermöglicht.

CO₂-Preis für alle Sektoren

Der CO₂-Preis im EU-ETS war aufgrund eines lange bestehenden Überangebots an CO₂-Zertifikaten im Markt extrem niedrig, wodurch das ETS seine Lenkungswirkung in Richtung CO₂-armer Technologien nicht entfalten konnte. Die im November 2017 beschlossene Reform des Emissionshandels sowie die bereits davor eingeführte Marktstabilitätsreserve aber auch das angehobene Dekarbonisierungsziel des Green Deals

der neuen EU-Kommission haben Wirkung gezeigt und den Zertifikatspreis erheblich nach oben gebracht - welche Folgen die Corona-Krise hier mittel- bis langfristig haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Jedenfalls muss das EU-Emissionshandelssystem als zentrales Leitinstrument für den Klimaschutz im Sinne einer langfristigen, kosteneffizienten Dekarbonisierung weiter gestärkt werden, bspw. in Form eines CO₂-Mindestpreises auf Gemeinschafts- oder zumindest regionaler Ebene oder durch Ausweitung auf bis dato nicht erfasste Wirtschaftssektoren. Um den internationalen Wettbewerb zu berücksichtigen und ein Ausweichen betroffener Wirtschaftszweige in Länder ohne oder mit geringerem CO₂-Preis („carbon leakage“) zu vermeiden, sollten Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in der EU durch Border Carbon Adjustments (also einer Art „CO₂-Zölle“) begleitet werden.

Eine durchgängige CO₂-Bepreisung für alle Sektoren ist auch in Österreich wünschenswert. Um Kostenwahrheit zu gewährleisten, sollte auch das Umlagen- und Abgabensystem am CO₂-Gehalt ausgerichtet werden. Ebenso zentral ist die Verwendung der Einnahmen aus CO₂-Bepreisungsinstrumenten. Eine Zweckwidmung der eingehobenen Mittel würde die Akzeptanz erhöhen, zu entsprechenden Treibhausgasreduktionen führen und Investitionen in die Dekarbonisierung lenken.

VERBUND nimmt seine Verantwortung in der Gesellschaft wahr

VERBUND ist auf dem Weg zu einem 100% CO₂-freien Stromerzeuger und unterstützt auch als verlässlicher Netzbetreiber und kundenorientierter Lösungsanbieter den Klimaschutz. VERBUND hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2021 seine Treibhausgasemissionen um 90% (gegenüber 2011) zu reduzieren. Dieses Ziel wurde 2016 von der sog. Science-Based-Targets-Initiative wissenschaftlich bestätigt und gilt als kompatibel mit dem Paris Agreement. Ein konkretes Ziel von VERBUND ist es, bis 2021 die spezifischen direkten THG-Emissionen des Konzerns unter 10 g CO₂e pro kWh Gesamtstromerzeugung zu senken. Im Jahr 2019 betrug dieser Wert nur mehr 32 g CO₂e/kWh. VERBUND lag damit bereits Ende 2019 weit unter dem spezifischen Wert für direkte THG-Emissionen des österreichischen Produktionsmix 2018 mit 142 g CO₂/kWh und noch weiter unter dem deutschen Wert von 469 g CO₂/kWh. Über die Fortschritte zur Zielerreichung nimmt VERBUND auch regelmäßig an transparenten Reportings wie CDP (Carbon Disclosure Project) teil. Mit der Schließung des Kohlekraftwerks Mellach Ende März 2020 setzt VERBUND einen weiteren wichtigen Schritt zur Zielerreichung.

VERBUND-Klimaziele auf „Paris-Kurs“

Für die Dekarbonisierung des Energie- und Wirtschaftssystems wird Wasserstoff vor allem in der Industrie aber auch im Schwerverkehr eine wichtige Rolle spielen. Dazu braucht es eine entsprechende Infrastruktur. VERBUND engagiert sich aktiv bei unterschiedlichen Aspekten des Themas Wasserstoff (*siehe Standpunkt Wasserstoff*).

Auch im Finanzbereich setzt VERBUND auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz, z.B. mit einem Green Bond oder einem nach Nachhaltigkeitskriterien bewerteten Kredit (*siehe Standpunkt Sustainable Finance*).

Um bei Jugendlichen verstärkt Bewusstsein für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu schaffen, hat VERBUND das Bildungsprojekt „Klimaschule“ gemeinsam mit dem Nationalpark Hohe Tauern umgesetzt, in dem die Thematik Klimawandel zielgruppengerecht mit den Jugendlichen erarbeitet wird.

2020 hat VERBUND erstmals einen internen „Climate Report“ für den Konzern erstellt, der Chancen und Risiken der Klimakrise für das Unternehmen aufzeigt und der Konzernführung künftig als zusätzliche Entscheidungshilfe dienen soll.

Fazit

- VERBUND setzt sich für einen ambitionierten Klimaschutz mit wirkungsvollen, einheitlichen Instrumenten ein, der alle Sektoren umfassen soll.
- Ein CO₂-Mindestpreis im Rahmen des EU-Emissionshandels wäre ein klares Signal für die Stärkung dieses marktwirtschaftlichen Instruments.
- VERBUND nimmt mit verschiedenen Maßnahmen im Unternehmen und Initiativen in der Öffentlichkeit sein Verantwortung in der Gesellschaft wahr.